

Ein neuer Anstrich reicht nicht

Vor der Frühjahrskonferenz am Wochenende hat der Weltwährungsfonds zwar einige seiner Dogmen aufgegeben. Doch zu vieles belässt der IWF beim Alten – zulasten der Glaubwürdigkeit **VON RAINER FALK UND BARBARA UNMÜSSIG**

Als der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, kürzlich eine Rede in Cambridge hielt, unterbrachen ihn ein paar Studenten mit Transparenten. Darauf kritisierten sie, dass der Währungsfonds noch immer Teil des Problems und nicht der Lösung sei. Der in seiner Rede Gestörte rief: „Haben Sie nicht in der Presse gelesen, dass es den alten IWF nicht mehr gibt?“

Strauss-Kahn liebt es, von einem „neuen IWF“ zu reden, der unter seiner Führung Gestalt annehme. In Cambridge sprach er von einem Fonds, der anlässlich der jüngsten Krise antizyklische Konjunktur- und expansive Fiskalpolitik propagiert.

Kein Zweifel, seit der „Reformdirektor“ (Strauss-Kahn über sich selbst) sein Amt angetreten hat, ist beim IWF einiges anders geworden. Die große Finanzkrise und die sich anschließende große Rezession haben viele ökonomische Dogmen, die der Fonds vor sich hertrug – den sogenannten Washington Consensus: Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung – über den Haufen geworfen. Erst vor Kurzem hat ein Autorenteam um den Chefökonom des IWF, Olivier Blanchard, eingeräumt, dass die makroökonomische Politik des Fonds in den letzten Jahrzehnten schlicht falsch war. Dies gelte insbesondere für die extrem niedrigen Inflationsziele, die Vernachlässigung der Fiskalpolitik und die Deregulierung des Finanzsektors.

Über diesen Wandel hinaus hat die globale Wirtschafts- und Fi-

nanzkrise den IWF auch in seinen ökonomischen Interventionsmöglichkeiten enorm gestärkt. Soeben wurden die Verhandlungen über seine finanziellen Ressourcen im Rahmen der sogenannten Neuen Kreditvereinbarung abgeschlossen, die der Londoner G20-Gipfel 2009 auf den Weg gebracht hatte. Dem Fonds stehen jetzt elfmal so hohe Mittel wie vorher zu Verfügung, 550 Mrd. \$, die er an notleidende Mitgliedsländer weiterverleihen kann. Die in London ebenfalls beschlossene Aufstockung der Sonderziehungsrechte des Fonds – die Währungsreserve des IWF aus Dollar, Euro, Pfund und Yen – ist dabei noch nicht mitgerechnet. Der Fonds ist wieder wer und erklärt erneut bei jeder Krise: „We stand ready“, wir sind zur Hilfe bereit.

Doch genau hier beginnt das Problem. Erstens muss sich paradigmatischer Wandel noch nicht unbedingt in realen Veränderungen niederschlagen. Zweitens: Eine solch gewaltige Aufstockung seiner Finanzressourcen müsste eine Reform der Institution an Haupt und Gliedern mit sich bringen. Denn der IWF hat nach wie vor ein Glaubwürdigkeitsproblem, wie drei Beispiele zeigen:

Unterschiedliche Maßstäbe: Es ist richtig, dass der IWF in der jüngsten Krise antizyklische Konjunkturpolitik ermutigt hat. Dies ist aber höchstens die halbe Wahrheit. Richtig ist, dass dem Fonds jetzt erneut vorgeworfen werden kann, mit zweierlei Maß zu mes-

sen: Während den reichen Mitgliedsländern in der Krise expansive Haushaltspolitik gepredigt wird, ist vielen ärmeren Ländern diese nach wie vor verwehrt.

Handelsungleichgewichte: Ähnliches gilt für einen Konstruktionsfehler, mit dem der IWF seit seiner Gründung leben musste: Bis heute hat der Fonds keine Lösung für seine zahlreichen Asymmetrieprobleme gefunden. So kann er immer nur Defizitländer disziplinieren; gegenüber den reichen oder neureichen Überschussländern sind seine Waffen stumpf. Ermahnt er, wie jüngst China, zur Währungsaufwertung, wird dies schnell und zu Recht als Bashing im Interesse des stärksten Mitgliedslands, der USA, empfunden.

Machtverteilung: Eng damit zusammen hängen die gravierenden demokratischen Defizite, die der IWF mit sich herumschleppt. Wenn auf der bevorstehenden Frühjahrstagung erneut über eine Reform der Stimmrechtsverhältnisse verhandelt wird, geht es höchstens um Trippelschritte für eine bessere Vertretung der Schwellenländer. Ein wirklicher Interessenausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern würde die Einführung eines Systems doppelter Mehrheiten erfordern, bei dem bei Grundsatzentscheidungen Mehrheiten in allen Gruppen gegeben sein müssen. Strauss-Kahn hat im Rahmen seiner Bewerbung für das Amt selbst für ein

solches System plädiert. Geschehen ist bislang aber nichts.

Wir könnten diese Auflistung noch fortführen. Wie etwa die Durchsicht bestehender und neuer Kreditverträge des Fonds ergibt, sind die Konditionen für die Empfängerländer weiterhin geprägt von prozyklischen Maßnahmen und einer unsozialen und oft auch ökologisch fragwürdigen Sparpolitik. Bis heute nicht in Angriff genommen ist auch der Rückzug des IWF aus der Finanzierung von Entwicklungshilfe in Dutzenden armer Länder, in die er durch die Schuldenkrisen in den 80er- und 90er-Jahren geraten war.

Ein Ärgernis ist schließlich die Beratungstätigkeit des Fonds in der Diskussion um eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Bankenkrise. Der IWF hätte unvoreingenommen die verschiedenen Optionen, darunter die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, prüfen und das Ergebnis dann auf der Frühjahrstagung vorstellen müssen. Stattdessen hat Strauss-Kahn ohne Not voreilig und einseitig auf das Modell einer Bankenabgabe festgelegt – das auch von Teilen des Finanzsektors bevorzugt wird. Der IWF mag in mancher Hinsicht nicht mehr jener Zuchtmeister wie in der Vergangenheit sein. Die Interessen der Finanzmärkte sind ihm aber immer noch viel wert.

RAINER FALK ist Herausgeber des „Informationsbriefs Weltwirtschaft & Entwicklung“.

BARBARA UNMÜSSIG ist Vorstand der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung.

Bis heute hat der Fonds seine Konstruktionsfehler nicht behoben